

Neoliberalismus, Wohlfahrtsstaat und Industrialisierung der Entwicklungsländer

Herbert Schui

23. Februar 2002

Keynesianische Theorie erklärt die zunehmende Armut und Arbeitslosigkeit in den entwickelten kapitalistischen Industrieländern mit dem Fehlen an effektiver Nachfrage. Dieses Realisierungsproblem ergibt sich (wenn man über den von Keynes gesetzten Rahmen hinausgeht) daraus, dass die gesellschaftlichen Verhältnisse, unter denen produziert wird, nicht mehr in Übereinstimmung sind mit dem technischen Entwicklungsstand. Der entscheidende Punkt ist, dass bei gegebener, hoher Arbeitsproduktivität bei Vollbeschäftigung ein Output produziert würde, der die gesamtwirtschaftliche Nachfrage übersteigen müsste. Der Grund hierfür ist das Verhältnis der Einkommensverteilung zum Investitionsgüterbedarf. Wenn die Löhne zur Finanzierung des privaten Massenkonsums und die Staatseinnahmen zur Finanzierung des kollektiven, und darin des wohlfahrtsstaatlichen Konsums so niedrig ausfallen, dass der Überschuss als Differenz zwischen *diesen* Konsumformen und der Vollbeschäftigungsproduktion nicht mehr restlos durch die Bruttoinvestitionen und den individuellen Konsum der Gewinnbezieher absorbiert werden, dann muss die Beschäftigung sinken. Sie wird so niedrig ausfallen müssen, bis schließlich die Differenz zwischen der Gesamtproduktion auf der einen und dem durch Lohn und Staatseinnahmen finanzierten Konsum auf der anderen Seite restlos als Bruttoinvestitionen oder als individueller Konsum der Gewinnbezieher nachgefragt wird.

Dieser Stand der kapitalistischen Entwicklung lässt sich zutreffend als Nachfragerestriktion charakterisieren. Er löst die Ära der Kapitalrestriktion ab, in der, von kurzzeitigen Unterbrechungen abgesehen, der Überschuss, den die Arbeit produzierte, nach Abzug des Konsums der Gewinnbezieher zuverlässig zu Investitionen wurde, also den Kapitalbestand vergrößerte. Diese Abfolge gilt für die entwickelten Industrieländer. Weltweit dagegen existieren Kapital- und Nachfragerestriktion nebeneinander. (Dies belegt die – vor der Krise – mit knapp 40 Prozent außerordentlich hohe Investitionsquote in vielen Ländern Südostasiens; die Industrieländer kommen im Gegensatz hierzu kaum über 25 Prozent hinaus.) Damit ist die Frage gestellt, ob eine neoliberale Organisation der Weltwirtschaft, freier Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr (die

sogenannte Globalisierung), eine zweckmäßige Organisationsform darstellen könnte, mit der in einem Zug die Nachfragerrestriktion in den Industrieländern und die Kapitalrestriktion in den Entwicklungsländern behoben werden könnte. Die Beseitigung beider Restriktionen war in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg in den Industrieländern eine Aufgabe des Wohlfahrtsstaates, während der Entwicklungsstaat als Pendant hierzu in den Entwicklungsländern versuchte, die Erzeugung von Überschuss und seine Verwendung für die Akkumulation von Kapital zu organisieren. Hierbei war der Entwicklungsstaat nicht notwendigerweise sozialistisch. Dies zeigt das koreanische Beispiel. Er entstand vielmehr wegen des Fehlens einer kompetenten Industriebourgeoisie, die sich unter den alten Kolonialmächten nicht hatte herausbilden können.

Gezeigt zu haben, dass fehlende Nachfrage die Ursache für Arbeitslosigkeit in den Industrieländern ist, ist das Verdienst der Cambridge-Schule. Diese makroökonomische Theorie ist politisch nicht folgenlos geblieben: Die reformistische Sozialdemokratie (die Demokratische Partei in den USA, die „revisionistischen“ Arbeiterparteien in Europa) hat auf der Grundlage unterschiedlicher ideologischer Traditionen auf dieser theoretischen Grundlage versucht, die gesellschaftlichen, die Produktionsverhältnisse soweit zu reformieren, dass der technische Fortschritt, das hohe Niveau der Arbeitsproduktivität genutzt werden konnte für vermehrte Massenwohlfahrt. Dies war der Beginn des modernen Sozial- und Wohlfahrtsstaates, der einige seiner Traditionen und damit auch seine Neigung zum Etatismus im Absolutismus hat (der Herrscher, der Staat ist verantwortlich für die Wohlfahrt der Bevölkerung), dessen ökonomische Grundlage aber, und das ist das Neue, vermehrte Nachfrage und Produktion ist, die dadurch zustande kommt, dass der Staat durch seine Einkommenspolitik in die Eigentumsrechte an der Stromgröße Output eingreift. Das Besondere des modernen Wohlfahrtsstaates besteht demnach nicht etwa in der Schmälerung des Konsums der Gewinnbezieher oder der Investitionen zugunsten des (kollektiven) Massenkonsums, sondern in vermehrter Produktion. Dies bildet seine wirtschaftliche Basis. Dieser Sachverhalt ist auch deswegen besonders zu betonen, weil damit deutlich wird, dass der Sozialstaat solange seine eigene wirtschaftliche Grundlage hat, wie er – sonst ungenutzte – ökonomische Ressourcen mobilisiert, dass die Mobilisierung brachliegender Ressourcen nur dann möglich ist, wenn durch Einkommenspolitik die effektive Nachfrage gesteigert wird, und dass der Sozialstaat dann nicht mehr seine Basis in der Steigerung der Produktion und des Volkseinkommens haben kann, wenn er einzig durch Steuern und Abgaben aus den Lohneinkommen finanziert wird.

Die Formel des modernen Sozialstaats „Vollbeschäftigung und umfassende öffentliche Dienste durch Einkommenspolitik zugunsten des Massenkonsums“ muss bei den „Führern der Wirtschaft“, wie Kalecki sie nennt, und bei ihren Experten auf heftigen Widerstand stoßen. In seinen „Politischen Aspekten der Vollbeschäftigung“ fasst er die Gründe hierfür zusammen: Das Unbehagen an der Einmischung des Staates in das Beschäftigungsproblem an sich, am Verwendungszweck der Staatsausgaben und an

den sozialen und politischen Veränderungen, die eintreten, wenn Vollbeschäftigung zum Dauerzustand wird. Besonders beim Massenkonsum als Folge von höheren Löhnen und Staatsausgaben sei diese Aversion sehr ausgeprägt. „Ein ‚moralisches Prinzip‘ von äußerster Wichtigkeit (sei) in höchster Gefahr: ‚Im Schweiß deines Angesichts sollst du dein Brot verdienen‘ fordern die Grundprinzipien kapitalistischer Ethik – es sei denn, du verfügst zufällig über privates Vermögen.“

Die wissenschaftliche und politische Offensive, um dieser unbehaglichen Entwicklung ein Ende zu setzen und dem genannten moralischen Prinzip wieder voll zu Geltung zu verhelfen, ist der Neoliberalismus. Sein Ziel ist, den Wohlfahrtsstaat und den Entwicklungsstaat gleichermaßen zu beseitigen. Mit „Deregulierung“ ist die Richtung nicht zutreffend beschrieben, denn dies provoziert den Irrtum anzunehmen, dass der Neoliberalismus sein Ende gefunden hätte, weil zunehmend nicht mehr Regulierungen beseitigt würden, sondern neue Regulierungen dazukämen bzw. die bestehenden nur verändert würden. Nicht Deregulierung und eine reine Marktgesellschaft ist das tatsächliche Ziel des Neoliberalismus, auch wenn er dies, die Befreiung der Individuen von äußerem Zwang, die Herstellung von negativer Freiheit, die uneingeschränkte Respektierung des privaten Eigentums in seinen philosophischen Grundlagen sehr in den Vordergrund stellt. Ihm geht es vielmehr darum, der Gefährdung des Kapitalismus durch den Reformismus ein Ende zu setzen, wie er in der ökonomischen Theorie durch die Cambridge-Schule und in der Politik im wesentlichen von der traditionellen Sozialdemokratie vertreten wurde. Sicherlich muss die Beseitigung des Sozialstaates mit einer rechtfertigenden Ideologie verbunden werden, um innerhalb der Parteien (so der neuen Sozialdemokratie) und bei den Wahlen eine Mehrheit zu finden. Die Schlüsselworte dieser Ideologie gruppieren sich im wesentlichen um den Begriff der negativer Freiheit, d. h. der Freiheit von staatlicher Bevormundung, Bürokratismus, lähmenden Großorganisationen usw. Wenn der Einzelne, so die Vorstellung, unter Beachtung der Eigentumsverhältnisse, des Wettbewerbs und ähnlichem ohne äußeren Zwang sein Interesse am Markt verfolgen kann, dann ist ein Höchstmaß an individueller Freiheit verwirklicht. Würde dem System dagegen etwa durch den Willen einer politischen Mehrheit ein Ziel vorgegeben werden, so Vollbeschäftigung oder soziale Gerechtigkeit, dann wären durch den staatlichen Zwang (Steuern und Abgaben aus Gewinneinkommen) die individuellen Entscheidungsmöglichkeiten eingeschränkt. Dies wäre auch dann abzulehnen, wenn es für die größere Zahl die größere Wohlfahrt bedeutete. Gegeben also die Freiheit von äußerem Zwang, so ist das Gesamtergebnis der individuellen Entscheidungen, auch wenn dies beispielsweise Arbeitslosigkeit bedeuten sollte, hinzunehmen, weil dieses Ergebnis ohne Beschränkung der negativen Freiheit zustande gekommen ist. Im Gegensatz zur Neoklassik bemüht sich also der Neoliberalismus nicht, individuelle und gesamtwirtschaftliche Rationalität in eins zu setzen (etwa dass bei individuellem Handeln nach dem ökonomischen Prinzip dies auch gesamtwirtschaftlich verwirklicht würde), vielmehr ist gesamtwirtschaftliche Rationali-

tät nicht der Referenzpunkt und nicht das Merkmal zur Überprüfung des Systems – dies ebenso wenig wie Vollbeschäftigung oder soziale Gerechtigkeit. Was einzig zählt, ist statt dessen die Verwirklichung von negativer Freiheit. Ist das Gesamtergebnis auf dieser Grundlage offen, so ist die Offene Gesellschaft identifiziert und die Evolution kann im neoliberalen Verständnis ihren Gang gehen.

Es ist nur logisch, wenn auf dieser Grundlage die Beseitigung individueller Notlagen, so Erwerbslosigkeit, reduziert wird auf die individuelle Entscheidungen, die beruflichen Qualifikationen, die Persönlichkeit des Einzelnen. Damit steht nicht mehr zu Debatte, dass die geschilderte makroökonomische Einkommenspolitik diejenigen Voraussetzungen schaffen muss, die notwendig sind, damit die Bemühungen der einzelnen um Erwerbsmöglichkeiten effektiv Aussicht auf Erfolg haben können. Statt dessen wird unter diesen Bedingungen als allgemeine Leitlinie der modernisierten Sozialdemokratie der „aktivierende Sozialstaat“ ins Spiel gebracht, der durch Lohn und Strafe Einfluss auf die individuellen Entscheidungen nimmt, die Persönlichkeiten re-sozialisiert (den Hysterese-Effekt beseitigt), gelegentlich auch den Lohn (als Kombilohn) subventioniert. Individuelle berufliche Qualifizierung gehört sicherlich hierher, auch wenn sie ohne Zweifel in einer makroökonomisch orientierten Politik ebenfalls ihren Platz hat, damit das gesamtwirtschaftliche Angebot mit der wachsenden Nachfrage Schritt halten kann. Um die Beeinflussung makroökonomischer Aggregate, wie der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage, der Einkommensverteilung, des privaten und öffentlichen Konsums, soll es bei einer neoliberalen Politik nicht gehen. Einzig die Individuen haben ihre eigene Lebenslage zu verantworten, der Staat stärkt nur die „Eigenverantwortung“ durch eine moderne Erziehungsdiktatur, indem er behavioristisch bestimmte Massentherapie betreibt – das Attribut des Sozialstaates ist einzig: „aktivierend“. Der gesamte Ansatz ist das Gegenteil der besseren sozialwissenschaftlichen Traditionen, er ist, von einem theoretischen Standpunkt aus betrachtet, zutiefst primitiv, unter dem Gesichtspunkt des „social engineering“ dagegen nicht wenig gerissen und verschlagen. Ihre Festigkeit (der gesellschaftliche Zusammenhalt, wie die gängige Floskel heißt) folgt wahlweise daraus, dass alle Mitglieder der Gesellschaft sich mit negativer Freiheit freiwillig bescheiden und im Tausch ihren Nutzen maximieren (die überaus meisten, indem sie ihre Arbeitskraft im Tausch ohne jede politische Regulierung des Arbeitsmarktes anbieten) – oder dass der Staat als Garant, als „last enforcer“ der allgemeinen Regeln des Systems auftritt. Werden diese Regeln von allen freiwillig befolgt, d. h. internalisiert, dann lässt sich eine staatsfreie, eine reine Zivilgesellschaft denken, in der es keinen politischen Zwang gibt. (Bei diesen Verhaltensregeln handelt es sich, wie gesagt, um die Respektierung des Privateigentums, der Vertragsfreiheit und -vollstreckung, des Wettbewerbs und des freien Marktzutritts und -austritts). Fehlt es dagegen an Freiwilligkeit und muss die Einhaltung der Regeln erzwungen werden, dann bedeutet dies, dass die Individuen zu negativer Freiheit gezwungen werden. Auf den ersten Blick scheint dies akzeptierbar, denn jemanden dazu zu zwingen, äußeren

Zwang zu unterlassen, das Privateigentum zu respektieren und damit niemanden außerhalb des Tausches zur Hergabe von Eigentum zu zwingen, scheint legitim. Bedenkt man aber, dass Beschäftigungspolitik den politischen Eingriff in die Eigentumsrechte impliziert (Verteilungspolitik, kollektive Lohnverhandlungen einschließlich der Möglichkeit von Streiks), dann wird klar, was es bedeutet, wenn der Staat als „last enforcer“ die allgemeinen Verhaltensregeln erzwingt. Dies ist der schlanke Staat, von dem behauptet wird, dass er sich einzig auf seine „hoheitlichen“ Aufgaben konzentriert, was sicherlich, genau betrachtet, Unsinn ist, weil Sozial-, Steuer- und Arbeitsgesetzgebung ebenfalls in einem traditionellem Verständnis hoheitliche Aufgaben sind.

Unter dem Gesichtspunkt des „social engineering“ ist die Reduzierung von individueller Not auf persönliches Pech, Versagen, Minderwertigkeit überaus geschickt. Dieser massenweise Appell an primitive Instinkte fördert Rassismus, Biologismus, Marginalisierung; er belohnt diejenigen, die etwas mehr Glück haben oder Vermögen, damit, dass sie auf die Ausgegrenzten herabsehen können, die, wenn ihre Depravation aufgrund ihrer Lebenslage weit genug vorangeschritten ist, durch ihre Lebenspraxis hierzu dem Bonhomme, den Stieseln, Stutzern und Parvenüs einige Anhaltspunkte liefern. Sicherlich wird all das ausstaffiert mit privat organisierter Wohltätigkeit: Die Dankbarkeit der würdigen Armen belohnt reichlich für die maßvollen Spenden.

Lösung der Nachfragerrestriktion durch beschleunigte Industrialisierung der Entwicklungsländer?

Wenn Kapital- und Nachfragerrestriktion in den Industrie- und Entwicklungsländern weltweit nebeneinander existieren, könnte man sich eine Lösung darin vorstellen, dass der potentielle Überschuss, der bei Vollbeschäftigung in den Industrieländern produziert werden kann, als Realkapital zur Industrialisierung der Entwicklungsländer verwendet wird. Wer soll dies organisieren? Besonders in den am wenigsten entwickelten Ländern hat die Kolonialherrschaft die Herausbildung einer heimischen Industriebourgeoisie verhindert. Die Lösung wurde im Entwicklungsstaat gesucht: Dieser sollte die gesellschaftliche Institution sein, die die Entstehung des Mehrproduktes und seine Verwendung für die Akkumulation organisiert. Aber da besonders als Folge der Schuldenkrise die Gläubigerländer diesen Entwicklungsstaat zugunsten des freien Marktes beseitigt haben, sind die transnationalen Konzerne mehr denn je die wichtigeren Akteure bei der Industrialisierung der Entwicklungsländer. Und auch in den bis dahin erfolgreichen Ländern Südostasiens haben die Finanz- und Währungskrisen den Konzernen der Industrieländer vermehrten Einfluss durch Beteiligungen, Übernahmen und durch die Auflagen der Gläubiger verschafft, was die Bedeutung der heimischen Bourgeoisie geschwächt hat.

Damit konzentriert sich die Frage darauf, ob die transnationalen Konzerne im Rahmen ihrer Interessen dazu beitragen werden, die Nachfragerrestriktionen in den Industrieländern durch die Beseitigung der Kapitalrestriktion in den Entwicklungsländern

zu beheben. Doch auch wenn eine heimische Bourgeoisie oder ein Entwicklungsstaat über die Akkumulation zu entscheiden hätte: Die Nachfragerestriktion in den Industrieländern überträgt sich im Außenhandel auf die Entwicklungsländer. Dies im allgemeinen wegen des – auf Grund der Nachfragerestriktion – niedrigen Wachstums in den Industrieländern, das die Exporte der Entwicklungsländer als externe Quelle der Akkumulation einschränkt. Im Detail ergeben sich weitere Beschränkungen: Soweit sich ein Entwicklungsland entsprechend seinem Industrialisierungsstand darauf verlegt, Lohngüter seines verarbeitenden Gewerbes und landwirtschaftliche Erzeugnisse zu exportieren, ist die Nachfrage der Industrieländer durch deren Lohnsumme wesentlich bestimmt. Da der Freihandel erfolgreich genutzt wird, den Lohn und die Sozialeinkommen in den Industrieländern niedrig zu halten, stellt sich die Nachfrage nach Lohngütern ebenfalls niedrig. Konsumgüter des gehobenen Bedarfs werden dagegen in der Regel in den Industrieländern produziert. Sicherlich verändert sich dieses Bild durch eine Steigerung der Importquote, wenn im Rahmen der neuen internationalen Arbeitsteilung die Produktion von Lohngütern in den Industrieländern an Bedeutung verliert. Aber dies kann einleuchtender Weise nur eine Übergangerscheinung sein.

Weitere Beschränkungen kommen hinzu, so der Hang der begüterten Eliten der Entwicklungsländer, statt zu akkumulieren Güter des gehobenen Konsums zu importieren oder Geldkapital zu exportieren. Bedeutender aber ist der Schuldendienst. Er zwingt zu Überschüssen in der Handelsbilanz, obwohl doch die Akkumulation beschleunigt werden könnte, wenn die Handelsbilanz durch den Import von Realkapital ausgeglichen wäre. (Es lässt sich hier kaum noch argumentieren, dass die Schulden aus einem vorangegangenen Industrialisierungsschritt stammten, dessen Erträge nun auch dazu dienen, die Kredite zu bedienen: Ein immer wachsender Teil der Schulden und damit des Schuldendienstes stammt daraus, dass fällige Zinsen „zum Kapital geschrieben“ worden sind.)

In dem Maß, in dem der Schuldendienst und der begrenzte Export von Lohngütern die Akkumulation beschränken, bleibt unter den gegebenen Bedingungen nur ein Mittel, die Realkapitalbildung in den Entwicklungsländern zu beschleunigen und gleichzeitig die Nachfragerestriktion in den Industrieländern anzugehen: Erforderlich sind unter diesen Bedingungen Direktinvestitionen, die identisch sein müssen mit dem Export von Realkapital aus den Industrieländern. Der negative Saldo der Handelsbilanz der Entwicklungsländer wird ausgeglichen durch einen positiven Saldo der Kapitalverkehrsbilanz, der nicht schuldenbildend ist. Das Verfahren ist klassisch. Rosa Luxemburg vermutete, dass eine nachholende Entwicklung unter diesen imperialistischen Bedingungen stattfinden würde. Sicherlich sind bei einem solchen Prozess alle traditionellen Einwände gegen den Imperialismus gültig, so besonders der Verlust an staatlicher Souveränität, an Möglichkeiten der Selbstbestimmung in der Innen-, der Sozial-, der Wirtschaftspolitik. Dies wird mit großer Wahrscheinlichkeit in der Zukunft Konflikte auslösen, wenn klassische Vorstellungen zum Selbstbestimmungsrecht der

Völker eine Renaissance erleben sollten.

Gegenwärtig aber lässt wenig darauf schließen, dass sich eine solche nachholende Entwicklung anbahnen würde. Die Direktinvestitionen der Konzerne bestehen vor allem darin, existierende Unternehmen aufzukaufen oder sich an ihnen zu beteiligen. Ungewiss ist, ob dies zu vermehrten Investitionen in den betreffenden Unternehmen führen wird. Einstweilen jedenfalls hält sich die Neueinrichtung von Betriebsstätten sehr in Grenzen. Anlass zur Skepsis ergibt sich auch deswegen, weil ein beachtlicher Teil der Direktinvestitionen sich auf den Finanzsektor bezieht. Nicht industrielle Entwicklung bestimmt gegenwärtig im Rahmen der Direktinvestitionen das Bild, sondern eine rasche Zunahme der internationalen Konzentration. Was sich hier herausbildet, ist, abgesehen von allen politischen Implikationen, eine fatale Struktur: Die Nachfrage-restriktion (die begrenzten Aussichten auf Absatz) veranlassen die Konzerne durch die Übernahme fremder Unternehmen, Absatzmärkte dazu zu kaufen. Damit werden die Märkte anders verteilt, sie vergrößern sich jedoch nicht. Die klassische Direktrestriktion dagegen hatte andere Wirkungen: Die Produktion von zusätzlichem Realkapital in den Industrieländern als die materielle Seite der Direktrestriktionen war Exportüberschuss. Damit war nicht nur Gewinn realisiert; die zunehmende Absorption von Mehrprodukt steigert Wachstum und Beschäftigung in den Industrieländern, was die Importfähigkeit erhöht und damit den Markt für Erzeugnisse der Entwicklungsländer vergrößert. Wenn aber eine Zunahme der Realkapitalproduktion in den Industrieländern nicht stattfindet, weder für klassische Direktinvestitionen noch für die Modernisierung der aufgekauften Unternehmen, dann ist weder eine Lösung für die Nachfragerestriktion der Industrieländer noch für die Kapitalrestriktion der Entwicklungsländer gefunden. Wichtig ist also, dass umfangreiche Investitionen einen größeren Markt erzeugen, um die beiden genannten Restriktionen zu beseitigen.

Freier Kapitalverkehr mit der Begründung, dies würde auch den Entwicklungsländern einen besseren Zugang zu internationalen Krediten verschaffen, kann weder die eine noch die andere Restriktion überwinden. Sicherlich ist hier zunächst an die Erfahrungen mit der Verschuldung der Entwicklungsländer in den 70er Jahren zu erinnern. Dies hat den Industrieländern zu vermehrten Exporten verholfen und zu einer Beschleunigung der Akkumulation in den Entwicklungsländern. Die Schuldenkrise der 80er Jahre hat dann allerdings gezeigt, wie fragil ein solcher Mechanismus ist. Dies führt zu der recht grundsätzlichen Frage, ob der freie Verkehr von Geld und Kredit die wirtschaftliche Entwicklung tatsächlich begünstigt. Es soll hier nicht die Rede sein von Finanz- und Währungskrisen. All dies ist umfassend diskutiert. Aber abgesehen von diesen äußerst wichtigen Erwägungen ist die Frage gestellt, ob es vorteilhaft ist für die Akkumulation, das moderne Kreditgeld restlos zu internationalisieren.

Das moderne Kreditgeld hat das Warengeld abgelöst, weil der kapitalistische Investor so mit Kredit (mit Geld) versorgt werden kann, ohne daß die Frage gestellt wäre, ob denn genügend Gold im Land ist, ob die Eigentümer des Goldes es zu Geld schla-

gen lassen und ob die Geldeigentümer bereit sind (und zu welchem Zins), das Geld als Kredit auszuleihen. All dies wird durch das Kreditgeld umgangen: Eine Währungsbehörde räumt den Investoren Kredit ein, die Gegenbuchung dieser Aktivposition der Behörde ist ein Guthaben, das in die Geldzirkulation eingeht, wenn das Investitionsgut nach Herstellung mit diesem Guthaben bezahlt wird. Auf diese Weise findet die Akkumulation ihre Grenze nicht in der Finanzierbarkeit der Investitionen, sondern in der physischen Verfügbarkeit von wirtschaftlichen Ressourcen. Auf ein Entwicklungsland übertragen bedeutet dies: Kredit in heimischer Währung (und damit heimisches Geld) kann in dem Ausmaß geschaffen werden, in dem heimische, physische Ressourcen durch diesen Kredit der wirtschaftlichen Nutzung zugeführt werden können. Die Verfügung über ausländische Ressourcen dagegen erfordert den Import von Waren. Dies kann unmittelbar durch Export finanziert werden oder durch Kredit. Wäre der Kredit nicht verzinst, würden die erforderlichen Exporte lediglich in der Zeit verteilt. Die Kreditzinsen allerdings bedeuten, dass mehr Werte exportiert als importiert werden, was einen Verlust an inländisch verfügbarer Produktion bedeutet. Dies kann sicherlich gerechtfertigt sein, wenn hierdurch der Output um mehr als die Zinszahlungen gesteigert werden kann und wenn der für Zinszahlungen erforderliche Teil des zusätzlichen Output tatsächlich durch das Ausland nachgefragt wird.

Um den Verlust von Output durch Zinszahlungen und das Risiko der Exportnachfrage möglichst zu vermeiden, ist es zweckmäßig, wenn zur Nutzung inländischer Ressourcen Inlandskredit geschaffen und der Auslandskredit nur dann in Anspruch genommen wird, wenn einzig ausländische Ressourcen die Entwicklung voranbringen können. Aus der Sicht eines einzelnen Unternehmens ergibt sich dieser Unterschied nicht. Es muß in beiden Fällen Zinsen zahlen. Folglich besteht auf dieser Ebene bei völlig freiem Kapitalverkehr kein Anreiz, Auslandskredite und damit eine Minderung des im Binnenland verfügbaren Output zu vermeiden. Für die einzelnen Unternehmen ist es dann Sache der Zentralbank, bei sinkenden Devisenreserven weitere Auslandskredite aufzunehmen. An diesem Dilemma ändert sich nichts, wenn beispielsweise der US-Dollar zur Parallel – oder sogar zur einzigen Währung in einem Entwicklungsland wird. Erst wenn sich die dortigen Geschäftsbanken oder die Zentralbank durch Rediskonte, Offenmarktgeschäfte und anderes in derselben Weise Liquidität bei der US-Zentralbank beschaffen können wie die US-Banken, gibt es keinen Unterschied mehr zwischen Inlands- und Auslandswährung.

Die Aussichten für die lange Frist

Völlig freier Waren- und Kapitalverkehr verknüpft mit moderner Informationstechnik wird ganz im Sinne von Ricardos Auffassung zum Freihandel durch eine Veränderung der internationalen Arbeitsteilung die Produktivität der Arbeit und damit den Überschuss je Arbeitseinheit steigern. Des weiteren ersetzen im neuen System die privaten Entscheidungen die politischen Entscheidungen. Damit ist die sehr bedeutende Fra-

ge gestellt, ob das Amalgamat der privaten Entscheidungen (statt des Entwicklungsstaates begüterte Schichten, die nicht identisch sein müssen mit einer Industriebourgeoisie, die auf individuelle Unternehmensziele ausgerichtete Politik der transnationalen Konzerne, die Art der Kreditaufnahme der Unternehmen der Entwicklungsländer) es dahin bringen kann, dass angesichts des potentiell äußerst großen gesellschaftlichen Mehrprodukts in den Industrieländern (der Überschuss bei Vollbeschäftigung) die Nachfrage nach Kapitalgütern aus den Industrieländern steigt und die Akkumulationsrate in den Entwicklungsländern zunimmt. Oder grundsätzlicher: Die umfassende kapitalistische Organisation von nationaler und internationaler Wirtschaft muss sich daran messen lassen, ob es ihr gelingt, technischen Fortschritt und steigende Arbeitsproduktivität vernunftgeleitet im Sinne vermehrter Wohlfahrt zu nutzen. (Eine erfolgreiche internationale Regulierung kapitalistischer Interessen, so zur Vermeidung von Währungskrisen, reicht allein nicht hin.) Äußert sich aber Produktivkraftentwicklung im Verzicht auf Wohlfahrt, dann muss dies der Kritik ausgesetzt sein. Hier sind sicherlich die vielfältigen internationalen Initiativen zu nennen. Aber andere Tendenzen sollten nicht unbeachtet bleiben. Auffällig ist, dass in industriell entwickelten, aber weniger bedeutenden Ländern, die weniger Ausgangspunkt, sondern Objekt von transnationalen Konzernen sind, in denen gegebenenfalls das unterlegene inländische Kapital, die Gewerbetreibenden nach politischen Schutz suchen, der Rechtsextremismus besonders erfolgreich ist. (Beispiele sind Österreich und Italien.) Ein ähnliches Phänomen lässt sich in den Transformationsländern beobachten. Dieser Rechtsextremismus ist – auch in seiner Ideologie – kapitalistisch. Gefühlssozialistische Facetten (was zum Beispiel die NSDAP auszeichnete) sucht man vergebens. Völkisches dagegen wird gelegentlich angetönt. Bezeichnen lassen sich diese Bewegungen als nationalkapitalistisch. In dieser Beziehung ähneln sie den traditionellen faschistischen Bewegungen der Nachzüglerländer der Industrialisierung, so Deutschland, Italien oder Japan. Ähnliches kann nun nicht nur in bestimmten industrialisierten Ländern bedeutend werden, sondern auch in Schwellenländern. Hier kann sich ein neuer Nationalismus herausbilden, der mit unterschiedlichen ideologischen Feldzeichen das Ziel verfolgt, die nationale wirtschaftliche Entwicklung autonomer zu gestalten und dabei keineswegs im Gegensatz zum Interesse der Arbeiterschaft oder der Mittelschichten der betreffenden Länder handeln muss. (Sicherlich ist zu beachten, dass Mitgliedsländer der EU anderen Gegenkräften ausgesetzt sind als Transformations- oder Schwellenländer.) Bilden sich solche Nationalismen heraus, dann wird die internationale Bühne farbiger aussehen: Ein eher souveränes China als Partner vieler dieser nationalistischer Länder, Rußland eher dort eingegliedert und als Gegenpol Japan, die EU und die USA. All dies mit neuen und auch wechselnden Koalitionen.